

Scott, David

Article — Digitized Version

## Der britische Handel mit dem Ostblock

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scott, David (1952) : Der britische Handel mit dem Ostblock, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 2, pp. 82-84

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131465>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

ten verstößt, muß dahin beantwortet werden, daß uns dasselbe Maß an Kartellisierung im Außenhandel gestattet werden muß wie der Konkurrenz. Andernfalls wird der Ost-West-Handelskrieg ein Handelskrieg beider Seiten gegen Deutschland. Die Bundesrepublik hat keine Konsulats- und Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten, und es bestehen keinerlei diplomatische Beziehungen. Das

schließt einen gleichberechtigten Handel aus, weil es dem deutschen Partner die Beobachtung der Wirtschaft der Oststaaten erschwert und seine persönliche und rechtliche Gleichstellung schon bei Verhandlungen gegenüber dem östlichen Partner unmöglich macht. Diese Voraussetzung ist nur von den Oststaaten zu erfüllen. Ihre Erfüllung wäre die Probe darauf, wie weit die Russen bereit sind, zur Tat überzugehen.

David Scott, London

## Der britische Handel mit dem Ostblock

Großbritanniens Handel mit dem Ostblock ist heute mehr eine politische als eine wirtschaftliche Frage. Während der Osthandel vom Standpunkt der Zahlungsfähigkeit des Vereinigten Königreichs äußerst wünschenswert oder sogar notwendig ist, wird die Haltung der britischen Regierung in erster Linie von politischen und strategischen Erwägungen sowie im Hinblick auf die anglo-amerikanischen Beziehungen bestimmt. Obwohl die konservative Regierung seit ihrer erneuten Amtseinsetzung keine Erklärung über ihre Politik hinsichtlich des Osthandels abgegeben hat, läßt sich doch die Tendenz abschätzen.

### Der gegenwärtige Status

Die folgenden Zahlen über den britischen Handel mit dem Osten zeigen eine wertmäßige Steigerung, insbesondere der Einfuhren, im Jahre 1951 gegenüber den vorangegangenen zwei Jahren.

Großbritanniens Handel mit dem Ostblock  
(in Mill. £)

| Land                         | Import             |                    |                    | Export und Re-Export |                    |                    |
|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|----------------------|--------------------|--------------------|
|                              | 1949 <sup>1)</sup> | 1950 <sup>1)</sup> | 1951 <sup>1)</sup> | 1949 <sup>1)</sup>   | 1950 <sup>1)</sup> | 1951 <sup>1)</sup> |
| UdSSR.                       | 12,7               | 31,7               | 53,8               | 9,8                  | 12,4               | 21,2               |
| Polen                        | 13,2               | 17,4               | 19,2               | 9,5                  | 7,1                | 7,0                |
| Ostdeutschland <sup>2)</sup> |                    |                    | 2,5                |                      |                    | 0,4                |
| Tschechoslowakei             | 1,9                | 7,8                | 8,6                | 5,5                  | 4,7                | 3,6                |
| Rumänien                     | 1,9                | 0,6                | 1,6                | 2,1                  | 1,3                | 2,1                |
| China                        | 3,5                | 9,5                | 7,7                | 2,2                  | 2,9                | 2,6                |
| insgesamt                    | 33,2               | 67,0               | 93,4               | 29,1                 | 28,4               | 36,9               |

<sup>1)</sup> 11 Monate; <sup>2)</sup> 1949 und 1950 nicht gesondert ausgewiesen

Diese Steigerung ist in vielen Fällen jedoch Preiserhöhungen zuzuschreiben. Während Großbritannien 1951 z. B. 840 000 t Getreide aus der Sowjetunion einführte gegenüber 680 000 t im Vorjahr, hat sich der Einfuhrwert nahezu verdoppelt. Die Einfuhren an Weichholz aus der UdSSR. sind auf 65 % des vorjährigen Volumens zurückgegangen, während der Gesamtwert etwas höher lag. Interessant ist auch die Zusammensetzung der britischen Exporte nach der Sowjetunion. Während in den Jahren 1949 und 1950 Fertigwaren etwa 85 % der Gesamtausfuhr ausmachten und der Rest auf Re-Exporte entfiel, hatte sich das Verhältnis in den ersten 11 Monaten 1951 genau umgekehrt: die wertmäßige Steigerung auf 21,2 Mill. £ war hauptsächlich auf den gestiegenen Re-Export von Kautschuk (via London) zurückzuführen. Mengemäßig war der Re-Export von Rohkautschuk um das 3 1/2-fache gestiegen, während die erhöhten Preise zu einer wertmäßigen Steigerung um das 8 1/2-fache führten. Dagegen sind die britischen Exporte von Maschinen und Fahrzeugen im vergangenen Jahr stark zurückgegangen, in

einigen Fällen ganz eingestellt worden. Überraschenderweise sind jedoch die Exporte von Werkzeugmaschinen zur Metallbearbeitung nach der Sowjetunion sowohl mengen- als auch wertmäßig leicht gestiegen.

### Der europäische Osthandel

Großbritanniens Nahrungsmittel-Einfuhren aus Polen haben wertmäßig im allgemeinen die gleiche Höhe behalten, während die Einfuhr bei einigen Erzeugnissen mengenmäßig erheblich zurückgegangen ist. Die Lieferungen von Geflügel und Eiern aus Polen beliefen sich im vergangenen Jahr auf etwa ein Fünftel des Standes von 1950, während die Importe von Weichholz und Grubenhölzern unerheblich waren. Dieser Rückgang folgte einer Kürzung der Maschinen-Exporte Großbritanniens nach Polen um ein Drittel. Von dieser Kürzung waren insbesondere Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für die Ölraffinerie und Textilmaschinen betroffen. Der britische Handel mit der Tschechoslowakei hielt sich auf etwa der gleichen Höhe, mit Ausnahme fühlbarer Verringerungen der britischen Exporte von Maschinen bestimmter Typen und der Re-Exporte von Kautschuk. Der Handel mit Ostdeutschland wurde vom Board of Trade im Jahre 1951 zum erstenmal gesondert ausgewiesen, jedoch läßt sich die warenmäßige Zusammensetzung schwer bestimmen. Der Handel mit Rumänien hat wertmäßig leicht zugenommen, während der Warenaustausch mit Bulgarien und Albanien weiterhin unbedeutend blieb. Großbritannien's Handel mit Polen und der Tschechoslowakei erfolgt im Rahmen fünfjähriger bilateraler Abkommen, die aus dem Jahre 1949 stammen. Mit der Sowjetunion sind hauptsächlich Verträge über Weizen- und Holzlieferungen im Austausch gegen freie Sterling abgeschlossen worden. Bisher liegen keine Anzeichen dafür vor, daß dieser Handelsaustausch größere Unterbrechungen erfahren wird, obwohl das Zurückhalten von Werkzeugmaschinen und Öltankern seitens Großbritanniens während der letzten 18 Monate, über die mit Polen bereits Verträge abgeschlossen waren, Unzufriedenheit in einigen Kreisen hervorgerufen hat. Aber schon aus den Statistiken läßt sich ersehen, daß die Exportlizenzierung und die Auswirkungen der amerikanischen Battle Bill Auswahl und Umfang der britischen Exporte nach dem Ostblock erheblich beschränkt haben und daß der Handelsaustausch selbst auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau auf Grund von Abkommen aufrechterhalten wurde, die es diesen

Ländern gestatten, ihre Sterlingeinkünfte für Kautschuk, Zinn, Wolle und andere Rohstoffe des britischen Empires auszugeben. Es ist noch zu früh, um abschätzen zu können, wie sich die im November und Januar angekündigten britischen Importkürzungen auf diese Länder auswirken werden. Die Importbeschränkungen — insgesamt 500 Mill. £ — sind in erster Linie auferlegt worden, um die Ausgaben in Westeuropa und dem Dollargebiet zu reduzieren, wo Großbritanniens Defizit im sichtbaren Handel zu einem erheblichen Abzug der Gold- und Dollarreserven geführt hat. Da die Importe von Nahrungsmitteln, Kleidung und Luxusartikeln aus Polen und der Tschechoslowakei auf Grund von Kontingenten erfolgen und seit der Liberalisierung durch die Europäische Zahlungsunion nicht erweitert worden sind, wären parallele Kürzungen dieser Importe aus Gründen der Sparsamkeit nicht notwendigerweise erforderlich.

Die britischen Wirtschaftskreise haben für diesen Handel nur ein begrenztes Interesse gezeigt. Die Maschinenindustrie arbeitet gänzlich für einen „Verkäufermarkt“ und ist gegenwärtig nicht in der Lage, die wachsenden Bedürfnisse der Aufrüstung, des Exports und des Inlandsmarkts zu befriedigen. Die Leichtindustrie, die zwar einige Schwierigkeiten in dem Absatz ihrer Erzeugnisse hat, ist in ihrer Produktion gegenwärtig durch den Mangel und die Zuteilungen an Rohstoffen begrenzt. Die Textilindustrie ist vielleicht der einzige Zweig, der neue Absatzmöglichkeiten braucht, aber auf diesem Gebiet ist die Nachfrage in der Sowjetunion und Osteuropa nicht groß.

#### ***Der Ferne Osten und die japanische Konkurrenz***

Eine ganz andere Haltung nimmt Großbritannien aber in der Frage des Fern-Ost-Handels ein. Das von Amerika aufgezwungene Embargo auf den Handel mit dem kommunistischen China hat den britischen Handelsinteressen in Asien eine Reihe schwerer Schläge versetzt. Abgesehen von dem erheblichen Rückgang der direkten britischen Exporte nach dem chinesischen Festland ist das ganze Wirtschaftsleben Hongkongs ernstlich beeinträchtigt worden. Das amerikanische Embargo auf Rohbaumwoll-Lieferungen nach Hongkong hat die Gefahr einer Stilllegung der Textilfabriken, des Hauptindustriezweiges der Kolonie, mit sich gebracht. Gleichzeitig liefern die USA. große Mengen Baumwolle nach Japan, das Textilien frei nach China exportiert. Parallel damit haben die USA. die Einfuhr jeglicher Fertigwaren aus Hongkong verboten, die aus China stammende Rohstoffe enthalten. Als Ergebnis dieser Maßnahmen ist nicht nur Hongkongs bedeutender Handel mit China um mehr als 80 % zurückgegangen, sondern auch sein Handel mit anderen Ländern hat infolge des Verlustes wichtiger Importgüter zur Weiterverarbeitung und Endherstellung gelitten.

Die britische Regierung und die britischen Handelskreise haben die wirtschaftliche Isolierung Chinas bisher hingenommen, aber die Frage der japanischen Konkurrenz ruft ungute Gefühle hinsichtlich des Chinahandels hervor. Die japanische Konkurrenz zerfällt für den Briten in die beiden Kategorien: „fair“ und „unfair“. Der unfaire Wettbewerb, der die Nachahmung

von Mustern, Mißbrauch von Markennamen, Dumping usw. umfaßt, gehört nicht in den Rahmen dieses Artikels. Der „faire“ Wettbewerb, also die bloße Menge der billigen Fertigwaren, mit denen Japan die Weltmärkte überschwemmen kann, ist für Großbritannien von lebenswichtiger Bedeutung, denn er ist eine langfristige Bedrohung und kann als solche eigentlich nicht unter der Rubrik „faire Handelspraktiken“ behandelt werden. Japanische Textilien haben bereits bedeutende Erfolge in den afrikanischen Kolonien Großbritanniens und auf den südostasiatischen Märkten erzielt. Japans Gesamtexport an Baumwollgeweben übersteigt bereits denjenigen Großbritanniens, obwohl in Japan wenig mehr als die Hälfte der vor dem Kriege vorhandenen Spindeln in Betrieb sind. Die amerikanischen Präferenz-Zuteilungen und die Baumwollpreise für Japan wie auch die Japan für diese Käufe gewährten Kredite haben die ärgsten Befürchtungen Großbritanniens seit der Parlamentsdebatte über den japanischen Friedensvertrag hervorgerufen.

Von amerikanischer Seite wird erklärt, daß die wirtschaftliche Hilfe seit dem Kriege, die 2 Mrd. \$ übersteigt, notwendig war, um Japans ständiges Handelsdefizit zu decken. Die USA. haben daher ein direktes Interesse an der Ausweitung der japanischen Exporte und an der Festigung seiner Konkurrenzfähigkeit. In „Foreign Affairs“ hatte John Foster Dulles die Hoffnung ausgedrückt, daß Japan für den Verlust seines Chinahandels mit einem Anteil auf weiter südlich gelegenen Märkten entschädigt werden sollte, die, wie man annimmt, mit technischer Unterstützung Amerikas ausgeweitet werden sollen.

Trotzdem wurde in der „New York Herald Tribune“ berichtet, daß Außenminister Eden in seiner Unterhaltung mit Acheson „darauf bestanden habe, daß Japan gestattet werden sollte, mit dem kommunistischen China Handel zu treiben.“ Kurz darauf wurde der berühmte Yoshida-Brief veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß Japan einen Friedensvertrag mit Nationalchina abschließen werde und Südostasien die Stelle Chinas als Markt für japanische Erzeugnisse einnehmen könnte. Nach der „New York Times“ vom 26. Januar erklärte Yoshida, daß „die japanische Regierung der Aufforderung der USA. nachkommen wolle, weil sie der Ansicht sei, daß dies die Ratifizierung des Friedensvertrages durch den amerikanischen Kongreß erleichtern werde.“

Der Umstand, daß die britische Regierung diese Entwicklung schweigend hinnehmen wird, schwächt die ernsten wirtschaftlichen Folgen nicht ab. Abgesehen von dem außergewöhnlichen Eindringen japanischer Textilien, Tonwaren und anderer Konsumgüter auf den britischen Märkten, erregt der japanische Export von Kapitalausrüstung nach den Commonwealth-Ländern in London Aufmerksamkeit. Ein Beispiel hierfür ist Japans Angebot, Indien mit landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen zur Durchführung des Fünfjahresplanes zur wirtschaftlichen Entwicklung im Austausch gegen Kohle und Eisenerz zu versorgen, das Japan vorher aus China bezogen hat. Es ist ferner möglich, daß Japan bereit ist, als Zahlung für diese Exporte Sterling entgegenszunehmen, vorausgesetzt,

daß es die Versicherung erhält, diese Sterling-Einkünfte für Rohstoffeinkäufe im Empire verwenden zu können. Eine solche Entwicklung könnte Indiens Sterlingblock-Beziehungen mit Großbritannien schwächen, da Indien mehr um die eigene wirtschaftliche Ausweitung besorgt ist als um die Aufrechterhaltung seiner Sterling-Guthaben in London oder die Stützung des britischen Kapitalmarktes. Am 5. Dezember besagte ein Reuterbericht, daß „gewöhnlich zuverlässige Quellen“ in Colombo erklärt haben, daß Ceylon eine britische Aufforderung zur Kürzung seiner Einfuhren aus Japan zurückgewiesen habe und daß „Großbritannien eine ähnliche Aufforderung allen Commonwealth-Ländern gegeben habe.“

Somit ist die ganze Folge der Ereignisse hinsichtlich des Handels mit dem kommunistischen China offensichtlich zu einem, wenn auch sorgfältig verhüllten, Streitpunkt zwischen Großbritannien und den USA. geworden. Obwohl dieser Handel und die wirtschaftlichen Fragen eng mit politischen Fragen verbunden sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß Großbritannien sich letztlich gezwungen sieht, seine Handelsinteressen geltend zu machen, die nicht nur für seine eigene Wirtschaft, sondern auch für den Zusammenhalt des Sterlingblocks von fundamentaler Bedeutung sind. Die Situation im Fernen Osten hat ihre größte Zuspitzung erfahren, denn die japanische Konkurrenz stellt eine unmittelbare und vielseitige Bedrohung dar. In Europa hat die wachsende deutsche Konkurrenz bisher nicht die gleichen Auswirkungen gezeigt, größtenteils infolge des enormen Weltbedarfs an den hauptsächlichlichen Exportgütern der beiden Länder: Maschinen, Chemikalien, Fahrzeuge und elektro-technische Ausrüstung. Sollte jedoch aus irgendwelchen Gründen die deutsche Konkurrenz ähnliche Ausmaße annehmen, könnte Großbritannien sehr wohl auf eine ähnliche Umorientierung der deutschen Exporte nach ihren traditionellen Märkten in Ostdeutschland und Zentral-europa drängen.

Gegenwärtig sucht Großbritannien die Lösung seiner schweren wirtschaftlichen Krise in der Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Empire und den USA. und nicht in einer radikalen Änderung seiner Politik. Obwohl die amerikanische Exportlizenzierung und Außenhandelspolitik zahlreiche Schwierigkeiten für Großbritannien hervorgerufen haben, darf man die britische Neigung zu einer anglo-amerikanischen Annäherung nicht außer acht lassen. Diese wurde vom „Observer“ kürzlich als „die altehrwürdige Praktik des Foreign Office bezeichnet, amerikanische Unterstützung für spezifisch britische Interessen zu gewinnen und im übrigen Amerika mit einer Geste lang duldender und unendlich überlegener Weisheit in Schach zu halten“. Obwohl keine Anzeichen vorliegen, daß diese Tendenz sich ändert, wird der wirtschaftliche Wert des Handels mit dem Ostblock von verantwortungsvollen Persönlichkeiten in Großbritannien noch hoch geschätzt, wenn es auch den Anschein hat, daß diese lieber über diesen Gegenstand sprechen, wenn sie nicht im Amte sind.

Im vergangenen August hat Mr. Eden in Los Angeles den britisch-sowjetischen Handel vor den Amerikanern heftig verteidigt. Anfang Januar erklärte der

frühere Staatssekretär für Außenhandel der Labour-Regierung, Arthur Bottomley, daß die natürlichen Märkte für Großbritannien und die Commonwealth-Länder im Osten liegen und aus politischer Zweckmäßigkeit die langfristigen Interessen nicht geschädigt werden sollten.

### **Britische Haltung und sowjetische Aktivität**

Während Großbritannien sich abseits verhält oder zumindest Zurückhaltung bewahrt, hat der sowjetische Block offensichtlich große Fortschritte in der Ausweitung des Handels mit anderen Ländern der nicht-kommunistischen Welt, insbesondere im Fernen Osten, erzielt. Während der kürzlichen ECAFE-Handelskonferenz der Vereinten Nationen in Singapore und Rangoon machte die sowjetische Delegation wiederholt das Angebot, die unterentwickelten asiatischen Länder mit Maschinen und Fertigwaren im Austausch gegen Grundstoffe zu versorgen. Auf der Industrie-Ausstellung in Bombay im vergangenen Monat erklärte der sowjetische Botschafter auf einer Pressekonferenz (gemäß „Le Monde“), daß die UdSSR. Indien und Südostasien mit der ganzen erforderlichen industriellen Ausrüstung versorgen könnte. In Tokio schlug eine sowjetische Handelsmission vor einigen Wochen ein Handelsabkommen mit Japan vor, auf Grund dessen Japan Schulden in Sterling aus seinen erheblichen Sterling-Guthaben bezahlen sollte.

Die Internationale Wirtschaftskonferenz, die im April in Moskau abgehalten werden soll, soll erhebliches Interesse in den Ländern des Fernen Osten gefunden haben. In Japan haben zehn politisch und wirtschaftlich führende Persönlichkeiten die Einladung angenommen. Unter diesen soll ein früheres konservatives Mitglied des japanischen Senats erklärt haben: „Die Konferenz hat rein wirtschaftlichen und überhaupt keinen politischen Charakter. Internationale Geschäftsleute werden erwartet. Ich denke, wir sollten hingehen und unsere Wünsche vortragen.“

Somit muß also noch ein weiterer Faktor berücksichtigt werden, wenn man versuchen will, die Zukunft des Ost-West-Handels abzuschätzen, nämlich Rußlands offensichtliche Fähigkeit oder Bereitwilligkeit, Kapitalgüter nach Ländern außerhalb seiner Einflusssphäre zu exportieren, denn es besteht wenig Zweifel, daß derartige Handelstransaktionen in den unterentwickelten und Grundstoffe produzierenden Ländern auf großes Interesse stoßen. Was den Handel mit den industrialisierten Ländern Westeuropas anbelangt, so sind die kürzlichen sowjetischen Einfuhren an Salzheringen aus Großbritannien beachtenswert. Wenn diese Importe als ein Zeichen der Bereitwilligkeit angesehen werden können, in Zukunft mehr Konsum- und nicht-strategische Güter entgegenzunehmen, mag trotz der vorhandenen politischen Spannungen die Basis für einen breiteren Handelsaustausch gegeben sein.

Eine größere Klarheit über die britische sowie sowjetische Stellung zu dieser Handelspolitik dürfte sich auf der im März stattfindenden 7. Sitzung der Wirtschaftlichen Kommission für Europa der Vereinten Nationen und später auf der Moskauer Konferenz gewinnen lassen.